News Archiv September 2019

2019-09-23 10:59

[younion-Meidlinger: Umstieg ins neue Wiener Bedienstetengesetz rasch möglich machen!](#)

Die younion _ Daseinsgewerkschaft hat Bürgermeister Michael Ludwig ihre Forderungen übergeben

„Die sozialpartnerschaftlich vereinbarte zweijährige Evaluierungsphase geht demnächst zu Ende. Wir erwarten uns eine zeitnahe Grundsatzentscheidung und ein Bekenntnis der Stadt zu einer Optimierungsmöglichkeit zum Umstieg ins neue Wiener Bedienstetengesetz für unsere Kolleginnen und Kollegen,“ erklärte heute, Montag, der Vorsitzende der Gewerkschaft younion _ Die Daseinsgewerkschaft, Christian Meidlinger.

Gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Zentralausschusses, Norbert Pelzer, und der Vorsitzenden der Hauptgruppe II, Susanne Jonak, hat Meidlinger die Forderungen der younion an Bürgermeister Michael Ludwig übergeben. Die younion fordert rasche Ergebnisse aus den Verhandlungen über einen Umstieg in das neue Wiener Bedienstetengesetz. Voraussetzung bei der Umsetzung ist die absolute Rechtssicherheit für die Kolleginnen und Kollegen. Es muss sichergestellt sein, dass der Umstieg in das neue System den aktuellen Erkenntnissen und Urteilen der EU entspricht.

Anrechnung der Vordienstzeiten muss bis November geklärt sein

„Die neue Regelung der Vordienstzeiten für MitarbeiterInnen der Stadt Wien muss bis kommenden November zum Gesetz werden“, sagte Meidlinger.

Bereits vergangene Woche hatte die younion die Forderungen der Daseinsgewerkschaft an den zuständigen Stadtrat Jürgen Czernohorszky und die Bereichsdirektorin für Personal Martina Schmied übergeben. Die EU hatte die alte Regelung der Vordienstzeiten gekippt. Bis November soll nun die Bundesregelung in das Wiener Landesrecht übernommen werden, fordert die younion.

Bei der Umsetzung ist darauf zu achten, dass keinem Bediensteten aus dem neuen Gesetz Verluste erwachsen dürfen. Ein Termin zur Übergabe der Forderungen an Vizebürgermeisterin Hebein ist bereits angefragt!

[Read more ... younion-Meidlinger: Umstieg ins neue Wiener Bedienstetengesetz rasch möglich machen!](#)

2019-09-16 15:36

[AK-Gutachten kritisiert SV-Zusammenlegungen](#)

Eine von der Arbeiterkammer (AK) Wien in Auftrag gegebene Begutachtung sieht in der von Ex-Sozialministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) vorgelegten Studie zur Fusion der Sozialversicherungen „gravierende methodische und inhaltliche Schwächen“.

Die Studie attestierte der Fusion hohes Einsparungspotenzial. Laut der AK seien die künftigen Verwaltungskosten falsch berechnet worden. In der Folge sei das Volumen der jährlichen Einsparungen nicht 100, sondern lediglich 30 Millionen Euro, so Wolfgang Panhölzl von der AK Wien.

Auch die Fusionskosten seien „viel zu optimistisch eingeschätzt worden“, heißt es. Die AK verlangt nun von der nächsten Regierung eine „Neuaufstellung der Reform“.

[Read more ... AK-Gutachten kritisiert SV-Zusammenlegungen](#)

2019-09-13 11:39

[SPÖ legt Wahlprogramm vor und warnt vor ÖVP-FPÖ-Koalition](#)

Nach ihren schon bekannten Leitlinien hat die SPÖ für die Nationalratswahl am 29. September nun ein vollständiges Wahlprogramm vorgelegt. Spitzenkandidatin Pamela Rendi-Wagner nutzte die Präsentation heute, um vor einer Rückkehr der ÖVP-FPÖ-Koalition zu warnen. „Wer ÖVP wählt, bekommt FPÖ-Politik“, sagte sie.

Das mehr als 160-seitige Programm – in Aufmachung und Typografie ähnlich Christian Kerns „Plan A“ im Retrolook der 1970er Jahre, als die SPÖ die absolute Mehrheit hatte – steht unter dem Motto „Menschlichkeit siegt“. Angepeilt werde ein Politikwechsel in Richtung Zusammenhalt und sozialer Ausgleich, so Rendi-Wagner.

Drei programmatische Schwerpunkte

Bei einer ÖVP-FPÖ-Koalition sei hingegen die Fortsetzung einer Politik der Spaltung und Hetze, der Verbindung zu rechtsextremen Gruppen und der Korruption zu erwarten, sagte Rendi-Wagner. FPÖ-Chef Norbert Hofer bettelt quasi um eine Fortsetzung, und auch ÖVP-Chef Sebastian Kurz wolle eine „ordentliche Mitte-rechts-Politik“. Beide hätten nichts aus „Ibiza“ gelernt, so ihr Fazit.

Die SPÖ stellt dem ein Programm mit drei Themenschwerpunkten entgegen. Unter „Aus Liebe zu Österreich“ finden sich Umwelt und Klimaschutz, Sozial- und Gesundheitspolitik, Pflege, Standortpolitik und der ländliche Raum, Wohnen, Korruptionsbekämpfung, Integration (inklusive der Begrenzung „illegaler Migration“ auf null) sowie Kultur und Pressefreiheit.

SPÖ für kilometerabhängige Lkw-Maut

Unter anderem will die Partei eine kilometerabhängige Lkw-Maut auf allen Straßen in Österreich, was eine halbe Mrd. Euro pro Jahr einbringen soll. Dieses Geld wäre Teil eines Klimaschutzfonds, mit dem etwa günstige „Öffi“-Tickets, die Elektrifizierung von Bahnstrecken und eine Pendlerpauschale mit Klimabonus finanziert werden sollen. Damit will man drohende Strafzahlungen im Ausmaß von 6,6 Mrd. Euro verhindern.

„Mit Freude an der Arbeit“ steht bei der SPÖ für deren Steuerreformkonzept samt der bekannten Forderung nach einer Millionärssteuer, Arbeitnehmerrechte, Lehre und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Pensionen. Der letzte Teil heißt „Hoffnung für unsere Kinder“, hier stehen Bildung, die Bekämpfung von Kinderarmut, aber auch Digitalisierung, Neutralitätspolitik und Europa im Mittelpunkt.

Drozda: Programm ausfinanziert

Bundesgeschäftsführer Thomas Drozda betonte, das präsentierte Programm sei ausfinanziert. Einnahmen- und ausgabenseitig wolle man je rund zwölf Mrd. Euro bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode bewegen. Konkret sollen 2,3 Mrd. Euro in die Bereiche Soziales, Gesundheit, Arbeit und Wirtschaft gesteckt werden, 0,9 Mrd. in ein Sicherheits-, Justiz- und Entwicklungszusammenarbeit-Paket fließen, 1,7 Mrd. für Bildung und Kinder aufgenommen werden und sieben Mrd. in Steuersenkungen fließen.

Finanzieren will das die SPÖ mit vier Mrd. Euro aus Budgetüberschüssen laut WIFO-Prognose, 3,2 Mrd. aus Verwaltungseinsparungen und Minderausgaben durch Wachstumseffekte und mit 4,8 Mrd. Euro durch „gerechte Steuern“ auf internationale Großkonzerne, die Schließung von Steuerschlupflöchern und eine Millionärsabgabe.

[Read more ... SPÖ legt Wahlprogramm vor und warnt vor ÖVP-FPÖ-Koalition](#)

2019-09-12 13:41

[younion-FSG: Umstieg in das neue Wiener Bedienstetengesetz ermöglichen!](#)

Anrechnung der Vordienstzeiten muss bis November geklärt sein

„Die neue Regelung der Vordienstzeiten für MitarbeiterInnen der Stadt Wien muss bis kommenden November zum Gesetz werden“, forderte heute, Donnerstag, der FSG-Landesvorstand in der younion – Die Daseinsgewerkschaft. Das ist eine Voraussetzung zu einem möglichen Umstieg von Kolleginnen und Kollegen in das neue Wiener Bedienstetengesetz. Die EU hatte die alte Regelung der Vordienstzeiten gekippt. Bis November soll nun die Bundesregelung in das Wiener Landesrecht übernommen werden, fordert die FSG in der younion. Bei der Umsetzung ist darauf zu achten, dass keinem Bediensteten aus dem neuen Gesetz Verluste erwachsen dürfen. Als ersten Schritt konnten die younion-FSG erreichen, dass kein unnötiger bürokratischer Aufwand verursacht wird. Die Umstellung auf die neuen Regelungen erfolgt, ohne, dass die Bediensteten einen Antrag dafür stellen müssen.

Umstieg ins neue Wiener Bedienstetengesetz ermöglichen!

Gleichzeitig fordert die younion-FSG rasche Ergebnisse aus den Verhandlungen über einen möglichen Umstieg in das neue Wiener Bedienstetengesetz: „Die sozialpartnerschaftlich vereinbarte zweijährige Evaluierungsphase geht demnächst zu Ende. Wir erwarten uns eine zeitnahe Grundsatzentscheidung und ein Bekenntnis der Stadt zu einer Optimierungsmöglichkeit. Voraussetzung bei der Umsetzung ist die absolute Rechtssicherheit für die Kolleginnen und Kollegen. Es muss auch sichergestellt sein, dass der Umstieg in das neue System den neuesten Erkenntnissen und Urteilen der EU entspricht.

Klinik Floridsdorf – Entschuldigung des Vorstandes war überfällig – rasche Auszahlung gefordert

Die MitarbeiterInnen der Klinik Floridsdorf leisten seit der Inbetriebnahme des Hauses großartige Arbeit. Die Auszahlung der zustehenden Zulagen und Nebengebühren ist eine Selbstverständlichkeit. Der FSG-Landesvorstand in der younion unterstützt die betroffenen Kolleginnen und Kollegen und die HG II bei der Durchsetzung ihrer Rechte. Seitens des KAV erwartet die younion-FSG nach der längst fälligen Entschuldigung eine rasche Fehlerbehebung und Auszahlung der ausständigen Gelder.

[Read more ... younion-FSG: Umstieg in das neue Wiener Bedienstetengesetz ermöglichen!](#)

2019-09-02 07:17

[SPÖ will Recht auf Teilzeit und Vier-Tage-Woche](#)

Die SPÖ hat im Wahlkampf weitere Forderungen für die Arbeitnehmer vorgestellt. Unter anderem will Spitzenkandidatin Pamela Rendi-Wagner das Recht auf Teilzeit und auf die Vier-Tage-Woche umgesetzt sehen. Der durch die ÖVP-FPÖ-Regierung eingeführte Zwölf-Stunden-Tag wird zwar nicht grundsätzlich

abgelehnt, dennoch brauche es Schutz vor überlangen Arbeitszeiten statt eines „Freiwilligkeitsschmähs“.

„Das schwarz-blaue Arbeitszeitgesetz war vor allem eines: Ein einseitiger Deal zugunsten der Unternehmen“, schließt sich auch FSG-Vorsitzender Rainer Wimmer und zweiter auf der SPÖ-Bundesliste gegenüber der APA den Forderungen von Rendi-Wagner an. Hier brauche es einen Ausgleich, denn Arbeitnehmer seien „keine bloßen Betriebsmittel, sondern Menschen, denen man mit Respekt begegnen muss“.

Dementsprechend fordert die SPÖ auch offiziell einen „Rechtsanspruch auf Teilzeitphasen, die zum Leben passen“. Konkret gemeint sind damit Kinderbetreuung, Pflege, Bildung und Alter. Ebenfalls einen Rechtsanspruch solle es auf eine Vier-Tage-Woche geben. Im Blick hat die SPÖ dabei Pendler und Pendlerinnen, die täglich ein bis zwei Stunden am Weg zur Arbeit und von der Arbeit nach Hause verbringen. Diese sollten ihre normale Arbeitszeit darauf aufteilen können.

Gegen Arbeitsverhältnisse „die krank machen“

Nicht zuletzt würde die SPÖ auch eine „faire Erreichbarkeit“ der sechsten Urlaubswoche umsetzen. Diese steht dem Arbeitnehmer im privaten Arbeitsrecht nur dann zu, wenn man die notwendigen 25 Jahre bei ein und demselben Arbeitgeber verbracht hat. Bei einem Wechsel bleibt man bei fünf Wochen. Rendi-Wagner und Wimmer fordern hingegen die gesetzliche Zusammenrechnung aller Dienstzeiten aus Arbeitsverhältnissen für den Urlaubsanspruch.

„Der Fleiß der Österreicherinnen und Österreicher darf nicht in Arbeitsverhältnisse führen, die krank machen“, argumentiert Rendi-Wagner ihre Forderungen im Wahlkampf. Hier brauche es einen Ausgleich zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen. Ausreichende Ruhezeiten sorgten nicht nur für mehr Lebensqualität, sondern seien auch gut für die Gesundheit.

[Read more ... SPÖ will Recht auf Teilzeit und Vier-Tage-Woche](#)